

Bürgerbefragung für Hohenlinden

Rudi Woidich erklärt seine Ziele für die nächsten 2 Jahre

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Nachdem jetzt die Umwidmung der Umgehungsstraße fast abgeschlossen ist, wird unser erstes Ziel die Dorferneuerung und Verschönerung werden. Ich freue mich darauf wenn Hohenlinden ein neues Ortsbild bekommt und Kinder- und Fußgängerfreundlicher wird. Wir müssen alle mitanpacken und Vorschläge bringen damit unser Dorf wirklich schöner wird, denn nur durch reden und nichts tun wird es wahrscheinlich sowieso wieder nichts.

Gute Arbeiten wurden auch schon an den runden Tischen vor einigen Jahren gemacht, die wir jetzt auch umsetzen müssen.

Das zweite Ziel wird eine Bürgerbefragung sein, die wir im Herbst 2013 in Hohenlinden und Umgebung durchführen werden. Unser Ziel ist es die Belange, Anregungen, auch negative Meinungen unserer Gemeindeglieder zu erfahren und versuchen zu verbessern oder auch zu ändern. Wir bitten daher alle Bürger unseren Umfragebogen, der Ende Oktober verteilt werden wird, auszufüllen und an uns zurückzuschicken, damit

wir wirklich etwas ändern können. Unsere aktuelle Bürgerbefragung in allen Haushalten werden wir nutzen, um die Wünsche und Hoffnungen unserer Bürgerinnen und



Der Neue packt an: Rudi Woidich an seinem Arbeitsplatz

Bürger in unsere Arbeit einfließen zu lassen, wir wollen die Schwerpunkte bearbeiten und die Probleme versuchen zu lösen, die für unsere „Healiner“ besonders wichtig sind!

Bitte beteiligen Sie sich deshalb aktiv an dieser Befragung. Nehmen sie sich bitte ein paar Minuten Zeit. Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Bemühungen!

Ihr CSU-Ortsvorsitzender Rudi Woidich

(K)ein Generationenproblem!

Die Senioren-Union kümmert sich um Zusammenhalt

Immer mehr Menschen ist inzwischen klargeordnet, dass die demographische Entwicklung Dimensionen angenommen hat die sehr schwer zu bewältigen sind. Sie stellen sich die Frage, wer wird uns versorgen ernähren und pflegen wenn wir noch älter werden. Die Jüngeren werden immer weniger und die Lebenserwartung immer mehr. In Deutschland leben ca. 80Mio. Einwohner, davon ca. 25Mio. über 65 und von diesen 660.000 unter ihrem Existenzminimum. Aber für alle kann nun der Staat auch nicht aufkommen, hier sind dann die Jüngeren und die Familien gefragt. Früher war es ganz normal, dass alt und jung zusammen unter einem Dach gewohnt haben und somit war das Problem gelöst. Heute ist es leider etwas anders, die junge Generation ist weggezogen und die Alten sind sich meist selbst überlassen, oder man will den Jungen nicht zur Last fallen. Diesen Satz habe ich schon oft gehört.

Dass diese Menschen nicht ganz allein auf

sich gestellt sind, werden wir uns, die CSU Senioren Union für die altersbedingten Bedürfnisse einsetzen. Wir wollen uns engagieren und etwas erreichen. Wir wollen Kontakt pflegen zu den Mandatsträgern der Partei und unsere Wünsche vortragen damit die Interessen der Senioren in der Politik berücksichtigt werden. Unser Ziel ist es dazu beizutragen, dass sich die älteren Mitbürger als selbstbewusste, verantwortungsvolle und lebensfrohe Generation präsentieren kann, denn davon profitieren dann auch wieder die heute Jungen. Denn wir die Alten sollten nicht das Problem sondern die Lösung sein.

Ich hoffe, ich habe den einen oder anderen Senior/in ein bisschen neugierig gemacht oder soll ich sagen „aufgeweckt“ Wir können alle dazu beitragen, dass der Lebensabend ein unbeschwerter fröhlicher letzter Abschnitt wird. Wir die Senioren Union sind für jede Mithilfe dankbar.

Monika Kotter

Impressum

Hohenlindner Nachrichten



erscheinen als kostenlose Bürgerinformation des CSU-Ortsverbands Hohenlinden.

Redakteure für diese Ausgabe:
Norbert Weiß, Andreas Zimmermann,
Thomas Riedl, Rudi Woidich, Jörg Meier
V.i.S.d.P.
Rudi Woidich jun., Ortsvorsitzender,
Birkach

Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des CSU-Ortsverbands Hohenlinden wieder!
Leserbriefe und Anfragen:
mail@csu-hohenlinden.de

Unter uns...

Stabübergabe

Nach sechs Jahren habe ich als Ortsvorsitzender der CSU nicht mehr kandidiert. Zum Einen, weil es immer wieder aus den eigenen Reihen massive persönliche Angriffe gegen mich und meine Familie gab, für die ich nicht mehr als Blitzableiter erhalten wollte, zum Anderen weil ich ein gesundes Maß an Ehrenamtlicher Tätigkeit zusammen mit meinem Amt als GR-Mitglied und 2. Bürgermeister überschritten hatte. Wenn man es nicht mehr schafft, seine Ehrenämter zeitlich zu füllen, dann ist eine Grenze zur „Geschäftshuberei“ überschritten und das ist das letzte, was ich mir vorwerfen möchte!

Als 2. Bürgermeister und Redakteur dieser Bürgerzeitung bin ich natürlich auch weiterhin jederzeit Ihr Ansprechpartner für alle kommunalen Belange, die Sie betreffen oder interessieren. Ich verspreche Ihnen, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird! Und in dieser Funktion habe ich auch einen großen Wunsch an alle Fraktionen des Gemeinderates, auch an die eigene: Der nun endlich startende Prozess der Dorferneuerung ist zu wichtig, um ihn durch Schaulustdebatten oder negative Stimmungsmache zu zerstören. Bitte arbeitet positiv an der Neugestaltung unserer Heimat mit!

Ich bitte Sie, sich auch hin und wieder mal persönlich in der öffentlichen Gemeinderatssitzung über aktuelle Themen aus unserem Dorf zu informieren. Die ortsüblichen Zeitungen kommen leider nur noch sporadisch zur Sitzung, entsprechend wird die Berichterstattung auch mehr und mehr einseitig. Wer selbst dabei ist, ist besser informiert, welchem Ratsmitglied Sie bei der nächsten Wahl Ihre Stimme geben.

Zuletzt möchte ich Sie noch um Unterstützung für die beiden Kandidaten Andi Lenz und Tom Huber in den anstehenden Wahlen bitten. Beide sind engagierte Kämpfer für den Landkreis, echte Menschen und für mich nicht nur politische Freunde. Sie haben Ihre Stimme verdient!

Ihr Thomas Riedl

HOHENLINDNER NACHRICHTEN

Die Dorfzeitung vom CSU-Ortsverband Hohenlinden

12. Ausgabe
September 2013

In den Nebel gesprochen...

Du kaufst dir einen Haarfön und bekommst Garantie. Vom Auto bis zum Gurkenhobel, überall gibt es Garantie.

Bei Dingen die du nicht kaufen kannst, schaut es schon ganz anders aus. Da musst du abwägen, überlegen, bedenken und ein bisschen hoffen. Doch irgendwann musst du dich entscheiden. Welche Kriterien können dir helfen? Was will ich – was brauche ich – was muss ich haben, um nur ein paar zu nennen. Letztlich wirst du dir dann aussuchen, was dir am geeignetsten erscheint. Auch das Ausschlussverfahren ist ganz praktisch: was will ich keinesfalls – was geht gerade noch – womit kann ich leben. Aber irgendwann wirst du wählen.

Auch in der Politik ist es nicht einfach, das Wählen. Aber auch da musst du abwägen oder nach dem Ausschlussverfahren vorgehen. Erfahrung und Gespür sind auch hier manchmal gute Helfer. Wie auch immer du vorgehst, wählen ist eines der wenigen Dinge, die uns ein bisschen Einfluss auf „die da oben“ ermöglichen. Nicht wählen ist kein Protest! Nicht wählen ist ganz banale Gleichgültigkeit für dich, für uns und für den Rest sowieso. Eigentlich bedeutet nicht wählen „mir ist wurscht was ihr da oben mit mir macht. Ich sag zu allem JA und AMEN“. Wenn du keinen Anteil nimmst, darfst du auch nicht meckern und maulen. Dir ist es ja sowieso egal.

Ich weiß schon, dass es gar nicht einfach ist für die einen oder die anderen zu stimmen. Aber gar nichts zu tun geht nicht. Dann eben mal eine Protestwahl. Damit hast du deine Stimme wenigstens nicht verschenkt. Bei den Wahlbeteiligungen in letzter Zeit habe ich oft den Verdacht, dass vielen gar nicht klar ist was unser Wahlrecht für uns bedeutet. Die Älteren wissen genau was ich meine, die Jüngeren können's ja mal googeln. Also nicht wählen ist uncool. Wenn dir nicht passt wie jetzt regiert wird, hast du mit deiner Stimme eine kleine Chance etwas zu ändern. Also nicht nur meckern, sondern auch machen. Falls ich auch nur ein paar Menschen mehr an die Urne locken kann, waren auch diesmal meine Worte nicht in den Nebel gesprochen.

Bis zum nächsten Mal
Norbert Weiß

Hohenlinden: Es tut sich was! Neugestaltung des Ortskerns nimmt endlich an Fahrt auf

Obwohl wir der Heimat sehr positiv gewogen sind - bei nüchterner Betrachtung fällt Einheimischen und Fremden doch auf, dass unsere „gute Stube“ unter Jahrzenten von Autoverkehr doch sehr gelitten hat.

Bereits im Jahr 2003 begann deshalb der Prozess für die Neugestaltung unserer Ortsmitte, bei dem Anlieger, Vertreter der Gewerbetreibenden und der Gemeinde gemeinsam in „Runden Tischen“ gearbeitet haben. Die Ergebnisse dieses Prozesses, der bis 2006 andauerte, wurden in einer Rahmenplanung dokumentiert.

Soweit, so gut, doch ist seitdem ist der Prozess „Dorferneuerung“ ins Stocken geraten? Zum Teil muss dies bejaht werden, die Gemeinde hätte die Maßnahmen in Eigenregie umsetzen können, nur hätten wir dann auf Fördergelder aus den zahlreichen Förderprogrammen zur Dorferneuerung verzichten und die Maßnahmen aus der eigenen Tasche finanzieren müssen. Auf der anderen Seite wurden viele Teilaspekte der „Runden Tische“ bereits umgesetzt oder sind in Detailplanung, so der Rathausplatz oder z.B. die Querungshilfen an Münchner Str. und Erdinger Str.

Mit der Umwidmung der Entlastungsstraße zur Bundesstraße (wir berichteten, s.a. Bild) ist nun die wichtigste Voraussetzung gegeben, dass die umfangreichen Planungs- und Baumaßnahmen auch mit erheblichen Summen vom Freistatt gefördert werden. Für 2013 hat die Gemeinde bereits eine Förderzusage für die vorbereitenden Maßnahmen in Höhe von bis zu 60.000 Euro erhalten.

Wie geht es nun weiter? Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 26.8. die folgenden Maßnahmen beschlossen:

- Festlegung der Umbaumaßnahmen an der Staatsstraße mit dem staatlichen Bauamt,
- Detaillierte Vermessung des Plangebiets,
- Klärung mit der Kirchengemeinde über den Umbau des Kirchplatzes, der sicherlich im Umbauprojekt mit angepackt werden sollte,
- Vorauswahl der infrage kommenden Planungsbüros,
- Ausschreibung der Planungsleistung Gerade mit der Auswahl eines Planungs-



büros über einen Wettbewerb haben wir bei der Neugestaltung des Rathausplatzes sehr gute Erfahrungen gemacht. Auch hier kann sich das Ergebnis sehen lassen, der Rathausplatz wird ja bereits umfassend für Veranstaltungen zur Zufriedenheit aller genutzt!

Für die konkreten Maßnahmen, die dann dem ausgewählten Planungsbüro als Ziele mitgegeben werden sollten, können dann wieder die Ergebnisse der Rahmenplanung genutzt werden, z.B.:

- Bürgerbeteiligung soll natürlich auch im weiteren Verlauf der Neugestaltung Ortsmitte ganz oben stehen!
- Zunächst wird in einem ersten Schritt der Bereich zwischen Isener Straße und Ebersberger Straße betrachtet
- Reduzierung der Fahrbahnbreite und Verbreiterung der Gehwege an Münchner Straße und Hauptstraße
- Verbesserung der Aufenthaltsqualität durch passende Gestaltung der Vorzonen von Gebäuden und passende Grüngestaltung
- Maßnahmen zur Temporeduzierung des Durchgangsverkehrs bzw. Beschränkung

Falls sie an den Details der Dokumentation der Rahmenplanung interessiert sind, melden Sie sich einfach bei uns, wir geben gern Einblick!
Thomas Riedl

**Sonderteil zu den Wahlen:
Alle Kandidaten & Infos!**

Neuwahlen im Ortsverband Hohenlinden: Hier sind die neuen Gesichter im CSU-Team!

BASTIAN MOSER
BEISITZER

Mein Name ist Bastian Moser, ich bin 39 Jahre alt und kann mich als einen "alteingesessenen" Hohenlindener bezeichnen. Seitdem ich denken kann ist dieser Ort meine Heimat. Ich konnte mir nie vorstellen, woanders zu leben. Was die Dorfgemeinschaft, das Vereinsleben und so manches Fleckerl unserer Gemeinde angeht, hat sich daran bis heute nichts geändert. Ich glaube, in den letzten Jahrzehnten meinen Teil dazu beigetragen zu haben, dass "Healin" ein lebendiger und l(i)ebenswerter Ort in Bayern bleibt.



Auch in Zukunft will ich bei der Gestaltung meiner Heimatgemeinde mitwirken. Hohenlinden hat leider nicht nur Schokoladenseiten - es gibt auch einige "Baustellen", die in in meinen Augen nicht optimal oder nur zaghaft angegangen wurden. Mir liegt zum Beispiel sehr unser Ortsbild am Herzen. Es geht dabei nicht nur um das große Thema "Gestaltung Ortsmitte" - auch manch anderer Teil unserer Gemeinde kann "frischen Wind" vertragen.

Nicht nur im ortsplanerischen, auch im Bereich der Jugendarbeit wird viel geredet, in vielen Vereinen auch Großartiges geleistet, aber manchmal zu wenig oder "unglücklich" gehandelt. Im Ortsverband der CSU sehe ich für mich die besten Voraussetzungen, gemeinsam mit den neuen und alten Mitgliedern unseres Teams den bestmöglichen Weg für unser Dorf zu finden und zu gehen. Hohenlinden mit seiner Historie, seinen schönen Traditionen und auch seinen Eigenheiten soll nicht nur für mich, sondern für alle Bürger ein toller Ort zum Leben bleiben - und für diejenigen, die das (noch) nicht so empfinden - werden!

Sie interessieren sich für Politik, finden unsere Themen interessant und wollen mitentscheiden?
Sprechen Sie uns an und werden Sie Mitglied in der CSU Hohenlinden!
Oder mailen Sie uns:
mail@csu-hohenlinden.de

RUDI WOIDICH
ORTSVORSITZENDER

Ich bin am 14.03.1975 in München geboren und in Hohenlinden aufgewachsen. Dort habe ich die Grundschule besucht und bin danach in die Grund- und Hauptschule nach Forstern gewechselt und habe dort meinen Abschluss gemacht. Danach habe ich eine Lehre als Zimmerer absolviert. Mein freiwilliges Jahr machte ich am Fendsbacher Hof in der Schreinerei, was mir sehr viel Spaß machte. Danach besuchte und absolvierte ich mit 23 Jahren in München die Techniker-Meisterschule, die zwei Jahre dauerte.



Im September 2000 machte ich mich mit 25 Jahren als Zimmerermeister selbstständig und fing an mir einen eigenen Betrieb aufzubauen. Mit den Jahren kamen auch die Mitarbeiter und der Maschinenpark wuchs. 2003 lernte ich meine Frau Kathrin im Zillertal kennen, wir heirateten im Juli 2006, kurz danach kam unser Sohn im September zur Welt, im Dezember 2009 kam dann auch unsere Tochter zur Welt und wir sind stolze Eltern unserer Kinder.

Durch einen guten Freund trat ich 2003 in den CSU Ortsverband Hohenlinden ein, 2005 wurde ich das erste Mal als Kassenprüfer gewählt, dann 2007 wurde ich Beisitzer in den Hohenlindener Ortsverband, das mir bis jetzt sehr viel Spaß machte. Am 25 Juni 2013 ließ ich mich dann nach längerer Diskussion als ersten Ortsvorstand aufstellen und bin es dann auch geworden. Ich freue mich auf meine neue Aufgabe und versuche den neuen Ortsverband gut zu leiten!

JOSEF KATTERLOHER
STELLV. ORTSVORSITZENDER

Geboren 20.08.65 Haag / Obb.
Lehrberuf KFZ Mechaniker
Seit 1984 im eigenen Fuhrbetrieb tätig
Vereine: Motorradclub, FFW Hohenlinden
Wohnort: Altmühlhausen



ANDREAS LUTZ FRANK ZIMMERMANN
STELLV. ORTSVORSITZENDER

geb.: 04. September 1959 in Muskau
verheiratet mit Gabriele Zimmermann
Ausbildung: Facharbeiter Maschinist für Tagebaugroßgeräte / Braunkohle
Studium zum Dipl.-Ing. (FH) Bergbautechnik-Tagebau (Bergbau-Ingenieur),
Sicherheits-Ingenieur, spezielle Weiterbildung als Messingenieur für Gefahrstoffe und biologische Arbeitsstoffe
Ausgeübter Beruf: Mess-Ingenieur für Gefahrstoffe und biologische Arbeitsstoffe im Institut für Gefahrstoffforschung einer Berufsgenossenschaft (Reisetätigkeit in Gesamt-Süddeutschland)
Hobbys: Vereinsarbeit; Angeln; Garteln; Diskussionen über Gerechtigkeit, die Menschen, das Miteinander und das Leben; Autofahren; eigene Tiere; Numismatik; Flohmarktstöbern; Faszination Natur und Naturstein
Politisches Motto: „Wer everybody's Darling sein möchte, ist zuletzt everybody's Depp.“ (Franz Josef Strauss)



Mitglied in folgenden Vereinen: Ring Deutscher Bergbauingenieure RDB-Bezirksverein Hohenpeißenberg, Schützengesellschaft 1860 Hohenlinden, Verein für Gartenbau u. Landespflege Hohenlinden, Förderverein bayrische Sprache und Dialekte FBSD, Verein Landshamer Sportfischer.

LUDWIG STANNER
BEISITZER

Geboren am 11.05.1977 in Ebersberg
Beruf: Ausbildung zum Fahrzeugbauer
Zivildienst im Fendsbacher Hof
Hobby: Oldtimer Traktoren, Landwirtschaft
Ziel/Motto für die Mitarbeit: Ehrlich und fair miteinander umgehen!



Aus der Schule geplaudert Brauchen wir eine neues Schulsystem?

Gewiss, es gibt im Bayerischen Schulsystem noch Korrekturen und die eine oder andere Stellschraube im System muss noch angepasst werden. Das hat aber nun die SPD veranlasst, unter der Leitung eines MdL Herrn Güll ein komplett neues Schulsystem mit dem Titel „Gemeinschaftsschule“ für Bayern zu entwerfen. Dies sollte, falls die SPD und andere „Mitläuferparteien“ bei der nächsten Wahl etwas zu sagen haben, zunächst parallel zum jetzigen System installiert werden, später aber als alleinige neue Schulform für alle Schulen gelten. Ich möchte Ihnen einige der zentralen Reformideen vorstellen und dazu dann auch einige Bedenken und Kommentare dazu formulieren.

Die von der SPD geplante „Gemeinschaftsschule“ soll alle bisherigen Schularten bis in die 10. Klasse in einer Schule zusammenfassen und hier alle bisherigen Abschlüsse für alle Schüler anbieten.

Meine Meinung: Schüler können einen Abschluss aber nur erreichen, wenn sie die entsprechende Schulart auch besucht haben, d.h. wer in der „Gemeinschaftsschule“ unterrichtet wird, muss sich spätestens nach ein bis 2 Jahren entscheiden, welchen Abschluss er anstrebt. Dadurch ist aber die geforderte „Freiheit“ und „spätere“ Entscheidung nicht mehr möglich.

Die „Gemeinschaftsschule“ der SPD will alle Zeugnisse abschaffen und meint so, den Druck für Schüler in der Schule reduzieren zu können. Je nach Leistungsvermögen können die Schüler die Zweige / Klassen (?) besuchen.

Meine Meinung: Damit haben wir aber wieder den gleichen Druck wie an den Regelschulen! Schüler müssen dann aber jedes Jahr (!) beweisen, in welche Leistungsgruppe sie gehören.

„Gemeinschaftsschulen“ verzichten auf das Sortieren nach der 4. Klasse

Meine Meinung: Aber sortieren laufend, jedes Jahr neu!

Leistungsmessung und Notengebung spielen eine untergeordnete Rolle (da ja alle Schüler individuell am Lernfortschritt gemessen werden)

Meine Meinung: - im Prinzip ok, aber nach welchen Kriterien sollen dann die entsprechenden Kurse abgehalten werden?

Die schulpolitische Aussage der SPD: Im bisherigen bayerischen Schulsystem werden Schüler mit 10 Jahren „aussortiert“. Meine Meinung: Das bayer. Schulsystem bietet jeder Zeit Übertrittsmöglichkeiten (bei entsprechender Begabung) Besonders die HS/MS bietet allen Schülern weitere Entwicklungsmöglichkeiten. Mit „aussortiert“ wird eine gefährliche Vokabel benutzt!

Aussage aus dem Prospekt: „Schüler haben in Bayern Fahrzeit statt Freizeit – dies wird auch durch die Mittelschulen nicht besser.“

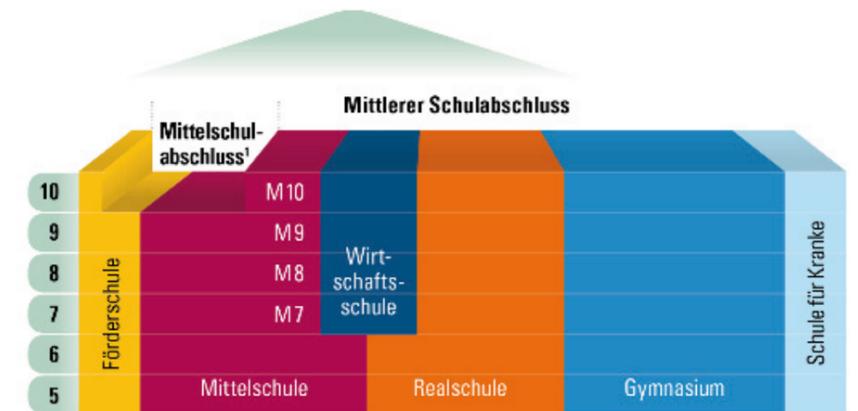
Meinen Meinung: Alle Schüler in einer Schule – in jedem (kleinen) Ort wie z.B. in Hohenlinden gemeinsam zu unterrichten ist organisatorisch nicht machbar, d.h. dass in allen Gemeinschaftsschulen – auch wenn nur wenige Gymnasiasten in dieser Schule zu finden sind – das komplette schulische Angebot gemacht werden muss – undenkbar!

Aussage aus dem Prospekt der SPD: „Im gegliederten Schulsystem haben vor allem Spätentwickler oft Pech gehabt.“

Meine Meinung: Im derzeitigen bayerischen Schulsystem haben alle Schüler zu jeder Zeit die Möglichkeit andere Schularten, Leistungsklassen oder –kurse zu besuchen



(MdL Günther Felbinger). Auch die GRÜNEN wollen das bisherige Schulsystem stark verändern. Ich meine, Kinder sind unterschiedlich, Kinder lernen unterschiedlich, Schüler haben unterschiedliche Ziele. Den verschiedenen Schularten des differenzierten bayerischen Schulsystems kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Sie haben ihre Berechtigung aus der Vielfalt der individuellen Begabungen und Lernarten der Schülerinnen und Schüler, die sie auf die



und als sog. „Spätentwickler“ auch noch in höheren Jahren auf RS oder Gym zu gehen. Außerdem bietet die Mittelschule diesen Schülern auch die Mittlere Reife. Fast 40% der Studierenden haben heute nicht den Weg über das „normale“ Abitur, sondern gehen individuelle Wege, die das Bayerische Schulsystem ermöglicht.

In die bildungspolitische Debatte mischen sich die „Freien Wähler“ mit der Aussage ein „Wir freien Wähler begrüßen es, dass die SPD den Gesetzentwurf eingebracht hat“

Die neue Mittelschule – ein Erfolgsmodell!

Viele waren eher skeptisch, als die bisherige Hauptschule mit einem neuen Konzept zur Mittelschule wurde. Die stetig steigenden Schülerzahlen beweisen das Gegenteil. So bietet z.B. die Mittelschule in Markt Schwaben durchgängig M-Zug, Regel- und Ganztagsklassen an. Hohenlindner Schüler müssen - nach der Entscheidung der Gemeinde im Verbund mit Forstern zu bleiben - für den M-Zug nach Isen gehen. Das Profil

Mannigfaltigkeit der Aufgaben in unserer Gesellschaft vorbereiten. Die Unterschiede zwischen den Schularten liegen in der jeweiligen Unterrichtsweise sowie den differenzierten Förderangeboten, die auf die verschiedenen Lernzugänge der Jugendlichen abgestimmt sind.

Ich glaube, es ist besser Veränderungen und Verbesserungen im derzeitigen Schulsystem anzustreben, als eine „Gemeinschaftsschule“ für alle zu errichten.

Jörg Meier

der Mittelschulen ist noch stärker berufsorientiert, bietet neben den Profilstreifen Wirtschaft, Technik und Soziales für Schüler aus dem Landkreis EBE eine bayernweit einzigartige Möglichkeit, Talent und Fähigkeit zu erkunden: das BOK (Berufsorientierung Kirchseeon). In den dortigen Ausbildungsstätten können alle Schüler der 7. Klassen 14 Tage lang 5 verschiedene Berufe erkunden und werden dabei unter fachkundiger Aufsicht beraten und ihr Potential getestet. Gastschüler aus Hohenlinden im Schulverbund Poing /Markt Schwaben haben dies heuer sehr erfolgreich absolviert.

Jörg Meier

Außerdem soll bis 2018 Bayern flächendeckend mit Hochgeschwindigkeitsinternet ausgestattet werden, hierfür wird die finanzielle Ausstattung aufgestockt.

Johann Schwaiger: Grundsätzlich lehne ich alle Förderprogramme ab, die auf der anderen Seite Klein- und Mittelständische Unternehmen belasten. Irgendjemand muss diese Fördermittel ja bezahlen und in der Regel sind es diese Mittelständler, aber auch die Privathaushalte. Dort haben z.B. die Solarförderung und die Biogasanlagen zu einem Anstieg der Stromkosten geführt!

HN: Im Bayernplan steht auch, Zitat: "Wir wollen eine PKW-Maut einführen für Reisende aus dem Ausland auf deutschen Autobahnen." Können Sie garantieren, dass eine solche Maut, wenn die CSU sie durchsetzen kann, kostenneutral für Einheimische sein wird?

Herr Dr. Lenz: Ich halte eine PKW Maut für sinnvoll. Möglichkeiten bei Erhebung der Maut die Kfz-Steuer zu senken oder abzuschaffen würden nicht unbedingt in Konkurrenz zu europarechtlichen Vorgaben stehen. Nach aktueller Rechtsprechung des EuGH können Kompensationen für deutsche Autofahrer als Ausgleich für die durch die Maut entstehenden zusätzlichen Kosten aus objektiven Gründen des Gemeinwohls und in verhältnismäßigem Umfang gerechtfertigt werden - bspw. bei starker Abnutzung deutscher Autobahnen durch Transitverkehr. Fakt ist auf jeden Fall, dass der Verkehrshaushalt chronisch unterfinanziert ist. Etwaige Mauteinnahmen müssen deshalb auch dem Verkehrshaushalt zukommen.

Thomas Huber: In der Tat ist es nicht fair, dass wir in den meisten europäischen Ländern für die Benutzung von Autobahnen zahlen müssen, während im Gegenzug unsere Fernstraßen bisher gratis befahren werden. Bei der Neugestaltung darf es keinesfalls zusätzliche Belastungen für die Menschen in unserem Land geben. Das wäre ungerecht und unlogisch, weil ja durch die Beteiligung von Autofahrern aus dem Ausland ohnehin mehr Geld in die Kasse kommt. Dafür muss ein auch europarechtlich tragfähiger Weg gefunden werden.

HN: Was ist heuer anders als bei bisherigen politischen Entscheidungen?

Herr Dr. Lenz: Es ist schon eine Richtungs-wahl. Es geht darum ob man auf die Selbstverantwortung der Bürger vertraut oder auf staatlichen Dirigismus. Es geht darum, ob man die Bürger am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben lassen will oder ob man massive Steuererhöhungen umsetzen will. Und es geht darum, die für Bayern und Deutschland erfolgreiche Politik fortzusetzen.

Thomas Huber: Lange Zeit haben wir gedacht, dass die Einhaltung der Verfahrensregeln, die Beziehung von Wissenschaftlern und praktischen Fachleuten, das sorgfältige Abwägen die Akzeptanz von Entscheidungen gewährleistet. Wir haben gelernt. All die genannten Dinge sind sehr wichtig. Ganz wesentlich ist aber auch die frühzeitige In-



Listenkandidat für den Bezirkstag ist unser Kreishandwerksmeister Johann Schwaiger

formation und Einbindung der Bürger. Es gilt nicht nur, sie „mitzunehmen“, sondern ihre Betroffenheit ernst zu nehmen, ihre Kenntnisse und Erfahrungen für das Gemeinwohl zu nutzen und mit ihnen einen ständigen Dialog zu führen.

HN: Ist die zeitliche Nähe von Landtags- und Bundestagswahl eher Chance oder eher ein Problem für Sie persönlich?

Herr Dr. Lenz: Das ist kein Problem. Wir Kandidaten der CSU verstehen uns alle sehr gut. Die Koordinierung der Termine in Erding und Ebersberg ist nicht immer leicht, aber wir bekommen das hin.

Thomas Huber: Ich persönlich hätte kein Problem damit gehabt, die Wahlen an einem Tag durchzuführen. Es gibt sowohl Argumente dafür als auch dagegen. Als Bundestagskandidat für den Wahlkreis Ebersberg/ Erding sieht dies mein Freund und politischer Weggefährte Dr. Andreas Lenz übrigens genauso. Wir wollen mit Inhalten überzeugen und nicht mit Terminen.

Susanne Linhart: Mir persönlich wäre ein Wahltermin lieber gewesen, als zwei. Vielleicht wäre die Wahlbeteiligung bei einem Termin höher - aber das ist nur hypothetisch.

Herr Schwaiger: Weder noch, aber persönlich wäre ich für eine Zusammenlegung der Wahlen allein schon aus Kostengründen. Ebenso könnte ich mir eine Wahl per Internet vorstellen um die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

HN: Welche Musik hören Sie beim Autofahren und welche zur Entspannung?

Herr Dr. Lenz: Beim Autofahren höre ich meistens Radio - also Bayern 3, Antenne Bayern - manchmal auch BR-Klassik. Zur Entspannung eher Rock oder Alternative.

Thomas Huber: Beim Autofahren höre ich gern B5 aktuell, um mich auf dem Laufenden zu halten, aber auch gute Rockmusik.

Zur Entspannung bevorzuge ich klassische Musik.

Susanne Linhart: Ich höre je nach Stimmung die unterschiedlichsten Musikrichtungen. Beim Autofahren meist Radio wegen der Informationen. Zur Entspannung mal Klassik, mal Rock aber auch sehr gerne bayerische Künstler wie Werner Schmidbauer, Haindling, etc.

Herr Schwaiger: Am liebsten BR3 und zur Entspannung die Filmmusik „Die Kinder des Monsieur Matthieu“

HN: Würden Sie uns sagen, welches Buch Sie gerade lesen?

Herr Dr. Lenz: Ich lese meistens mehrere Bücher gleichzeitig. Im Moment: „Alles Zufall - Die Kraft, die unser Leben bestimmt“ von Stefan Klein und „Ruhm“ von Daniel Kehlmann.

Thomas Huber: „Worauf warten wir“ von Abtprimas Notker Wolf. Seine Darstellung der Widersprüche in unserer Gesellschaft, seine Klage über die deutschen Besitzstandswahrer und sein Plädoyer für persönliche Freiheit und mutigen Aufbruch fordern zum Nachdenken und zur Selbstkritik heraus.

Susanne Linhart: Ich lese immer relativ regelmäßig, viel und gern - ich habe nicht von ungefähr Germanistik studiert. Im Moment lese ich den neuen „Kluftinger“-Roman, auf den ich mich schon richtig gefreut habe, weil mir die Art der Figurenbeschreibung ziemlich gut gefällt.

Herr Schwaiger: Inferno von Dan Brown.

HN: Ihr persönliches Lebensmotto ist?

Herr Dr. Lenz: „Carpe diem“ - Nutze den Tag!

Thomas Huber: Miteinander und nicht gegeneinander!

Herr Schwaiger: Mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit untereinander und weniger die persönliche Bereicherung in den Vordergrund zu stellen.

HN: Nach der Wahl mit positivem Ergebnis werde ich zuerst: (bitte ergänzen)

Herr Dr. Lenz: Mich freuen - und mich bei den Wahlhelfern bedanken.

Thomas Huber: Tief durchatmen und mich freuen, dass sich meine Bemühungen gelohnt haben. Ob das Ergebnis gut oder nicht so überwältigend für mich ausfällt: Ich werde mich nicht lange mit Vergangenheitsbewältigung aufhalten, sondern mich voller Freude und Arbeitseifer an meine neuen Aufgaben machen.

Susanne Linhart: Einen ganz gemütlichen Abend zuhause verbringen, etwas Leckeres kochen, einen schönen Wein trinken und mit meinem Mann, meinen Söhnen ratschen und mich dann auch schon ein bisschen auf die neue Aufgabe freuen.

Herr Schwaiger: Speziell mit meinen Handwerkern werde ich feiern, dass wieder ein Handwerker in ein politisches Amt gewählt wurde.

Die Hohenlindener Nachrichten (HN) und die Leser danken Ihnen sehr herzlich für die offene Beantwortung dieser Fragen!

Andreas Zimmermann

WAHLEN 2013

Die Kandidaten für Bundestag, Landtag und Bezirkstag stellen sich vor - exklusiv für die Hohenlindner Nachrichten!

Am 15. und am 22. September haben wir die Wahl, wer uns die nächsten Jahre im Bundestag, Landtag und Bezirkstag vertreten wird. Vier Bewerber aus unserem Landkreis

haben die Vertreter aus den 14 einzelnen Gemeinden des Kreises hierfür nominiert. Wie immer bei der CSU Hohenlinden haben wir keine Aussagen aus den Wahlprospek-

ten übernommen - Andreas Zimmermann hat mit den Kandidaten ausführliche Gespräche geführt, die wir in dieser Sonderbeilage zusammengefasst haben.

LANDTAGSWAHL
15. September

BUNDESTAGSWAHL
22. September

DIE ZWEI
FÜR BAYERN

UND DEUTSCHLAND



IN DEN BUNDESTAG: DR. ANDREAS LENZ AUS FRAUENNEUHARTING

Über mehrere Stationen in der Jungen Union fand Dr. Andreas Lenz zur CSU und übernahm dort schon nach kurzer Zeit weitere politische Aufgaben. Seit 2008 ist er Mitglied im Kreistag und dort in mehreren Ausschüssen aktiv. Er ist der gemeinsame Bundestagskandidat der CSU im Wahlkreis Ebersberg/Erding. An Herrn Dr. Lenz haben die Hohenlindener Nachrichten (HN) einige Fragen gestellt, die er gern für unsere Bürger beantwortete.

HN: Was denken Sie zur Rente mit 67?

Wird das aus heutiger Sicht auf absehbare Zeit ausreichen, die bayerischen Rentempfänger bezüglich ihrer Altersbezüge zu beruhigen? Wir meinen damit, die Menschen würdevoll altern zu lassen, die dieses ausgesprochen schöne und lebenswerte Land für uns nach dem 2. Weltkrieg aufgebaut und zum erfolgreichsten Land in der Bundesrepublik gemacht haben?

Dr. Lenz: Die demografische Entwicklung wird uns nicht nur bei der Rente vor große

Herausforderungen stellen. Die Menschen werden immer älter und dabei Gott sei Dank, auch immer länger fit und gesund. Die Rente mit 67 ist ein Schritt, um diesem Wandel zu begegnen.

Zukünftig wird es ebenfalls wichtiger werden selbst für das Alter vorzusorgen, daneben wird die betriebliche Altersversorgung eine größere Bedeutung spielen. Ich bin jedoch dafür, dass das jetzige Umlagesystem erhalten bleibt.

Generationengerechtigkeit heißt, dass sich die jetzige Generation nicht zu lasten der Jungen verschulden darf. Aber gerade die jetzt junge Generation darf nicht vergessen, was die jetzt ältere Generation für unser Land geleistet hat.

HN: Wäre eine Rente nach Lebensarbeitszeit nicht realistischer und gerechter?

Je nach Berufsgruppe bin ich absolut dafür stärker auf die Lebensarbeitszeit abzuzeilen. Gerade in körperlich sehr fordernden Berufen ist es schlicht nicht möglich bis 67 zu arbeiten. Nach häufig mehr als 50 Berufsjahren ist ein früherer Rentenein-

tritt dann auch gerechtfertigt. Andererseits gibt es Berufsgruppen, wie beispielsweise Wissenschaftler, die gerne länger arbeiten würden, aber wiederum nicht dürfen. Hier sollten wir flexibler werden.

HN: Wie sichern wir die Beschäftigung von unseren über 55-jährigen in der heimischen Wirtschaft, die ihre Lebenserfahrung einbringen wollen, ja bis 67 laut aktueller Gesetzeslage noch müssen?

Gerade in dieser Altersgruppe ist die Arbeitslosigkeit während der letzten Jahre deutlich zurückgegangen und die Beschäftigung gestiegen. Ich glaube dieser Trend wird anhalten. Aufgrund der demografischen Entwicklung, aber nicht nur deshalb, brauchen wir auch ältere Arbeitnehmer.

Ich glaube wir erleben gerade auch eine Rückbesinnung auf die Stärkung und die Erfahrung älterer Arbeitnehmer. Studien zeigen, dass gemischte Teams am besten funktionieren, der Jugendwahn vergangener Zeiten ist zumindest in diesem Bereich vorbei.

HN: Hat ein Deutscher 55-Jähriger aus ih-

rer Sicht Vorrang vor einem weiteren jungen EU-Bewerber? Wie kann das gefördert werden?

Ich weiß nicht, ob hier eine unmittelbare Konkurrenz besteht. Ich glaube viele Unternehmen schätzen auch die Arbeit erfahrener Mitarbeiter und würden sich ins eigene Fleisch schneiden, sie leichtfertig gegen womöglich schlechter ausgebildete zu wechseln. Wir erleben ja gerade auch einen gravierenden Fachkräftemangel.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit besteht jedoch innerhalb der Europäischen Union. Diese würde ich prinzipiell auch nicht in Frage stellen.

HN: Wie stehen Sie zur Weiterführung des Solidaritätszuschlages?

Aus steuersystematischen Gründen ist es unlogisch, von einer bestehenden Steuer (Einkommens-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuer) eine zusätzliche Steuer zu erheben. Der ursprüngliche Sinn des Solis, nämlich der Aufbau Ost, würde mittlerweile eher Sinn machen für strukturschwache Gebiete oder in Gebieten mit Investitionsstaus im gesamten Bundesgebiet.

Auch deshalb bin ich für eine Abschaffung des Solidaritätszuschlages.

HN: Interessante Themen werden oft von Medienvertretern enthüllt, sind aber genauso schnell wieder vom Schirm verschwunden, wenn für die Titelseite ein neues Thema zur Verfügung steht.

Wie sichern Sie als Politiker die Beachtung von aufgeworfenen Fragen bis zu deren abschließender Beantwortung?

Die Gefahr besteht in der Tat. Häufig jagt eine Schlagzeile die Andere. Häufig lässt sich die Politik so auch ein wenig treiben – so besteht die Gefahr, dass aktionistisch gehandelt wird, nur damit signalisiert wird, die Politik macht etwas.

Politisches Handeln sollte aber langfristiger ausgelegt sein, man muss an den Themen dranbleiben, um auch etwas zum Positiven zu verändern. Der Soziologie Max Weber hat dies als das „Bohren dicker Bretter“ beschrieben. Diese Langfristigkeit zahlt sich dann auch in guter Politik aus. Ein Beispiel ist der ausgeglichene Haushalt in Bayern.

HN: Wie viele Windräder wird es am Ende der nächsten Legislaturperiode in unserer Region geben?

Das kann man heute schwierig abschätzen. Es gibt hier keine staatlichen Vorgaben oder Richtzahlen. Im Landkreis Ebersberg wird dies maßgeblich von der aktuell laufenden Windmessung im Ebersberger Forst abhängen.

Wichtig ist bei der Planung und beim Bau von Windrädern, dass die Bürgerinteressen bereits im Vorfeld berücksichtigt werden. Es bestehen auch bei der Windkraft durchaus Chancen hinsichtlich einer regionalen Wertschöpfung.

HN: Wie wird sichergestellt, dass nach Fertigstellung weiterer Abschnitte der A94 die B12 nicht doch von „Mautflüchtlern“ genutzt wird?

Erst einmal muss alles daran gesetzt werden, dass die A94 wie geplant bis 2018 fertiggestellt wird. Hier ist man auch dank der CSU während der letzten Zeit erheblich weiter gekommen. Die B12 wäre eigentlich keine klassische Strecke für Mautflüchtlige. Sollte sich tatsächlich herausstellen, dass eine Fluchtbewegung stattfindet, müsste man über Konsequenzen nachdenken, die eine solche Ausweichbewegung unattraktiv machen.

IN DEN LANDTAG:

THOMAS HUBER AUS GRAFING

10 Jahre durfte Thomas Huber unseren Landkreis im Bezirkstag von Oberbayern mit Sitz und Stimme vertreten, bei der Landtagswahl am 15. September 2013 bittet Thomas Huber nun um Ihre Stimme als Kandidat für den Bayerischen Landtag. Die Hohenlindener Nachrichten (HN) haben das zum Anlass genommen und Dr. Andreas Lenz und Thomas Huber einige Fragen gestellt, die hier und da aus dem alltäglichen Politikschema herausfallen:

HN: Herr Huber / Herr Dr. Lenz: Die Bayerischen Bürger interessieren sich dafür, ob sie weiterhin im Rahmen des Länderfinanzausgleiches „Zahlmeister der Nation“ bleiben werden! Was denken Sie über den „Länderfinanzausgleich“ (LFA) ab 2019?

Planen Sie bereits die Verwendung der eingesparten Gelder für Bayern und seine Bewohner oder sind Sie eher skeptisch, was die Durchsetzung der Reduzierung angeht? Werden Bayerische Politiker in der Sache hart bleiben?

Herr Dr. Lenz: Der Länderfinanzausgleich ist vom Prinzip her berechtigt, um allzu großen Ungleichheiten entgegenzusteuern. Es hat sich jedoch ein Maß der Umverteilung entwickelt, das leistungsfeindlich und ungerecht für die Länder ist, die solide Finanzen aufweisen.

Deshalb halte ich die Klage für berechtigt. Das derzeitige System birgt erhebliche Fehlanreize in sich, die eine solide Haushaltsführung für einige Länder nachteilig erscheinen lässt. Mit Geld, das man noch nicht hat, sollte man nicht planen.

Ob alle bayerischen Politiker hart bleiben wage ich zu bezweifeln, ich glaube aber alle bayerischen Politiker, die bei der CSU sind werden die bayerischen Interessen nachhaltig vertreten.

Herr Huber: Eines ist klar: Wir sind solidarisch mit anderen Ländern, denen es nicht so gut geht wie Bayern und wollen ihnen auch in Zukunft helfen. Aber: Das jetzige System des LFA ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Der LFA war einmal als Hilfe zur Selbsthilfe gedacht und nicht als Dauersubvention schlecht wirtschaftender Länder.

Richtig ist, dass Bayern auch einmal Nehmerland war und damals insgesamt über die Jahre hinweg 3,4 Mrd. erhalten hat – dem stehen aber mittlerweile Einzahlungen von 42 Mrd. gegenüber.

In Berlin lässt sich Herr Wowereit gerne für allerlei Sozialleistungen loben, sitzt in

Talkshows und beschimpft Bayern für seine vermeintlich soziale Kälte. Der solide wirtschaftende Onkel aus Bayern soll alles bezahlen. Deshalb ist es gut so, dass Bayern klagt und ich sehe gute Chancen, dass wir von Karlsruhe klare Vorgaben für eine vernünftige Ausgestaltung des LFA bekommen. SPD und Grüne haben im Landtag gegen die Klage gestimmt, weil sie lieber ihren Genossen in anderen Ländern helfen wollen. Bayern darf nicht der Zahlmeister der Nation bleiben. Ich will das nicht und bin überzeugt, dass die CSU hart bleiben wird!

HN: Wenn Bayern bis 2030 schuldenfrei sein wird, befördert das nicht den „Neidgedanken“ anderer Bundesländer, die ihren Bürgern schon heute kostenfreie Leistungen bieten, die wir uns nicht leisten? Damit wird der ursprüngliche Solidaritätsgedanke des Länderfinanzausgleiches mit Füßen getreten!

Herr Dr. Lenz: Obwohl sich der Länderfinanzausgleich nicht an der Verschuldung bemisst, ist es nicht nachzuvollziehen, wenn andere Bundesländer Leistungen kostenfrei stellen, die in Bayern kostenpflichtig sind. Auch hier gilt es, bei aller Solidarität, mehr Eigenverantwortung der einzelnen Länder einzufordern.

Bayern zahlt im Jahr knapp 4 Mrd. Euro in den Länderfinanzausgleich – das sind knapp zehn Prozent des jährlichen Haushalts.

Herr Huber: Neid ist im politischen Leben wie im privaten Bereich ein schlechter Ratgeber. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit muss in die Haushaltspolitik aller Länder und Ebenen Einzug halten. Bayern war hier immer Vorreiter und, so hoffe ich, wird auch weiterhin Vorbild sein. Jedes Land soll im Wettbewerb mit den anderen Ländern um Spitzenleistungen ringen und sich nicht auf Kosten solide wirtschaftender Länder wie Bayern ausruhen. Deshalb bin ich ja so zuversichtlich mit unserer Verfassungsklage.

HN: Herr Huber, wie stehen Sie zur Bildungspolitik?

Gute Bildung ist für mich eine Lebensaufgabe und ein Herzensanliegen, das mich seit meiner Kindheit begleitet: Als Schüler bis vor einem Jahr, als Vater wieder seit vier Jahren und berufsbedingt seit 25 Jahren, weil ich im Bereich der Beruflichen Bildung tätig bin. Ich selbst bin mit meinem Werdegang ein Beispiel für die Durchlässigkeit unseres dreigliedrigen und differenzierten Schulsystems und den damit verbundenen Chancen. Äußerst wichtig ist die Vielfalt unserer Bildungsangebote, um jedem Talent den richtigen Weg anzubieten.

Nach dem Quali an unserer Mittelschule habe ich eine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten im Grafinger Rathaus absolviert und berufsbegleitend sowohl den Mittleren Bildungsabschluss als auch die Fachhochschulreife erworben; es folgte die Weiterbildung zum Verwaltungsfachwirt. Daran schlossen sich -wiederum berufsbegleitend- das Studium zum „Dipl.-Betriebs-

ökonom“ am St. Galler Management Institut in der Schweiz und ein internationales Masterstudium zum „MBA“ an der Paris-Lodron-Universität mit Auslandsaufenthalten u.a. in Wien, Bozen, Brüssel und den USA an. Lernen und Büffeln waren angesagt, aber ich bin dankbar, dass mir diese Chancen geboten wurden.

HN: Wenn es künftig bundeseinheitliche Abiturfragen geben wird, sinkt dann das Niveau in Bayern, oder müssen sich Schülerinnen und Schüler anderer Bundesländer „extrem strecken“?

Angesichts der großen Unterschiede in den Anforderungen an die Abiturienten in den einzelnen Ländern ist die künftige Abstimmung auf der Basis gemeinsamer Bildungsstandards ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie erleichtert auch die Mobilität von Familien mit Kindern. Natürlich muss die anerkannte Qualität des bayerischen Abiturs unbedingt erhalten bleiben. Es soll kein Einheitsabitur konzipiert, sondern Vergleichbarkeit hergestellt werden. Die Länder müssen verantwortlich für die Qualität ihrer Abiturprüfungen bleiben. Letztlich muss auch bei diesem Thema Ähnliches wie oben zum Länderfinanzausgleich gelten: Jeder soll daran arbeiten, noch besser als der andere zu werden und nicht durch Bequemlichkeit zur Absenkung des Niveaus beitragen.

HN: Wie sichern Sie, dass durch unsere Schulen lebensstüchtige Absolventen hervorgebracht werden und nicht solche, die erstaunt sind, dass nach der Schule berechtigt selbständige Leistung von Ihnen erwartet wird, ja dass sie neben den Rechten auch Pflichten haben?

Oberste Bildungsziele sind Achtung vor religiöser Überzeugung, Ehrfurcht vor Gott und vor der Würde des Menschen, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossenheit sowie Verantwortungsbewusstsein für unsere Natur und die Umwelt. Die Mädchen und Buben sind außerdem in der Säuglingspflege, Kindererziehung und Hauswirtschaft besonders zu unterweisen. So ist es in unserer Bayerischen Verfassung festgehalten. Ich glaube, dass im Hinarbeiten auf diese Ideale und Ziele unsere Schüler und Lehrer viel besser sind als ihr Ruf. Denken Sie nur an die Welle persönlicher und finanzieller Hilfsbereitschaft bei dem jüngsten Hochwasser. Das war beeindruckend.

IN DEN BEZIRKSTAG: SUSANNE LINHART UND JOHANN SCHWAIGER AUS GRAFING Nach politischen Stationen in unterschiedlichsten Gremien der Stadt Grafing und der CSU, aktuell u.a. als stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Grafing und seit 2013 als Mitglied des Kreisvorstandes der CSU im Landkreis Ebersberg, möchte Frau Susanne Linhart um ihre Stimme bei der anstehenden Bezirkstagswahl am 15. September 2013 als CSU-Kandidatin bitten.

Der Kreishandwerksmeister Johann



Susanne Linhart aus Grafing möchte den Landkreis Ebersberg im Bezirkstag vertreten

Schwaiger, der sehr vielfältig engagiert ist und seinen Schwerpunkt in der Schulsozialarbeit sieht, er ist Mitglied im Kreistag und stell. Vorsitzender der Mittelstandsunion, möchte ebenfalls um ihr Vertrauen und ihre Stimme bei der Wahl zum Bezirkstag am 15. September 2013 bitten.

Frau Linhardt und Herr Schwaiger haben sich ebenfalls einigen unserer Fragen gestellt:

HN: Was können Sie im Bezirkstag für die Erhaltung der bairischen Sprache und Dialekte tun? Können Sie sich vorstellen, eine fruchtbare Zusammenarbeit z.B. mit einschlägigen Fördervereinen zu unterstützen? Es reicht sicher nicht, mit dem Dirndl auf öffentlichen Veranstaltungen zu erscheinen und die bairische Sprache und Dialekte weiter „einschlafen“ und „verkümmern“ zu lassen! Nur eine „künstliche Trachtenhülle“ ist nicht Oberbayern. Frühkindliche und schulische Förderung der traditionellen Sprache braucht Zusammenarbeit, Förderung, tägliche Präsenz und Ideen (z.B. gemischte Schulklassen).

Frau Linhardt: Marcus H. Rosenmüller hat bei der Überreichung der „Bairischen Sprachwurzel“ auf die Frage nach dem Dialekt geantwortet: „Ich bin da nicht so. Wir sprechen wie wir wollen und die anderen sollen das genauso machen können.“ Und auf die Frage, wann er vom Bairischen ins Hochdeutsche wechselt: „Wenn das Gegenüber Bairisch nicht versteht. Das ist eine Frage von Höflichkeit.“ Ich schließe mich dem an. Ich selbst bin im Bayerischen Wald aufgewachsen, habe mit meinen Freunden den örtlichen Dialekt gesprochen und als ich dann nach München ins Studium kam, habe ich natürlich mehr zu Hochdeutsch gewechselt, denn mein Dialekt war schon recht speziell. Ich habe im Übrigen auch nicht

das Gefühl, dass unsere Sprache ausstirbt, im Gegenteil, ich finde, dass es im Moment durchaus auch wieder IN ist, Dialekt zu sprechen.

Herr Schwaiger: Sich selber nicht verbiegen und weiterhin Bairisch sprechen! Und, ja natürlich kann ich mir vorstellen, eine fruchtbare Zusammenarbeit z.B. mit einschlägigen Vereinen zu unterstützen.

HN: Herr Schwaiger können Sie sich als Kreishandwerksmeister vorstellen, an einer öffentlich zugänglichen Datenbank mitzuwirken, die es den Bürgern erlaubt, sich über die Zuverlässigkeit und Qualitätsarbeit von Handwerksbetrieben vor Auftragsvergabe zu informieren?

Aber sicher doch, einige Ansätze gibt es ja schon. Wenn Sie nur Innungsbetriebe nehmen, haben Sie schon einmal die Gewähr der Innungsaufsicht und der Kreishandwerkerschaft Ebersberg, mit der der Betrieb ja ständig in Kontakt steht.

HN: Herr Schwaiger, wie stehen Sie zur Veröffentlichung von nachgewiesenem „Pfusch“, um den Bürger zu warnen und ehrliche Handwerker durch bevorzugte Inanspruchnahme zu belohnen.

Es gibt z.B. eine sogenannte Schwarze Liste der HWK, nur wird im Vorfeld einfach zu wenig Gebrauch davon gemacht.

HN: Herr Schwaiger, nennen Sie uns bitte Schwerpunkte der Berufsorientierung, gibt es Statistiken zu erreichten Erfolgen auf diesem Sektor.

Lehrlingsabbrecher sind in unserem Landkreis von 35% zurückgegangen auf ca. 10%. Frühzeitige Information, welche Berufe es überhaupt gibt und während der Schulzeit bis zu 9 verschiedene Berufe „testen“ in Praktika.

HN: Werden gesundheitliche Aspekte der zukünftigen Azubis bei der Berufsorientierung berücksichtigt? Damit z.B. eine angehende Friseurin nicht die Ausbildung abbrechen muss, weil sie mit den Chemikalien Problem hat.

Sehr wohl wird auf die gesundheitlichen Aspekte vorher verwiesen und das in allen Berufen um die Zahl der Abbrecher zu minimieren.

HN: Im „Bayernplan“ dem Regierungsprogramm der CSU steht, dass Bayern bis 2018 flächendeckend mit Hochgeschwindigkeitsinternet ausgestattet wird. Auch ist von einem „Zehntausend-Häuser-Programm“ zur Erreichung der Energieautonomie in Bayern für die nächsten 5 Jahre die Rede. Können sich in der ländlichen Region auch die Außenbereiche darauf verlassen, berücksichtigt und gefördert zu werden?

Susanne Linhart: In den nächsten 5 Jahren sollen zehntausend Hausbesitzer in Bayern Unterstützung bei der Installation eines eigenen Energiespeichers bekommen, um der privat genutzten Speichertechnologie zum Durchbruch zu verhelfen und die Energieautonomie in Bayern zu fördern. Diese Förderung erfolgt nach Antrag unabhängig vom Wohnort.